

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
MARKO PRUSINA

Oktober 2017

www.kas.de

"EU UND DIE KOMMUNALVERWALTUNG"

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veranstaltete mit der HDZ-Stiftung (ZHDZ) am 27. Oktober 2017 in Tuheljske Toplice einen kommunalpolitischen Kongress zu aktuellen Herausforderungen Kroatiens. Im Beisein der kroatischen Minister Dr. Zdravko Marić (Finanzen), Lovro Kušević (Verwaltung), Tomislav Tolušić (Landwirtschaft) und Gabrijela Žalac (Regionale Entwicklung) sowie des Staatssekretärs für Staatseigentum, Krunoslav Katičić diskutierten die zahlreichen anwesenden HDZ Bürgermeister aktuelle Probleme der kommunalen Selbstverwaltung in Kroatien.

In seiner Begrüßungsrede, bedankte sich der Vorsitzende der HDZ-Stiftung (ZHDZ), **Srećko Prusina** bei der KAS und dem HDZ Ausschuss für lokale und regionale Selbstverwaltung für ihren Einsatz bei der Vorbereitung der Veranstaltung. Er verwies auf die Bedeutung solcher Veranstaltungen, da sich die lokalen Selbstverwaltungen in Kroatien gerade in einem Wandlungsprozess befänden den es zu begleiten gelte.

Dr. Michael A. Lange, der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zagreb betonte dann, dass man sich in Deutschland dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtet fühle, das besage, dass man politische Entscheidungen so nahe wie möglich von den Betroffenen fällen solle. Je näher die Politik dem Bürger sei, desto besser, so Dr. Lange. Nur auf diese Weise könne es eine erfolgreiche, bürgernahe lokale Politik geben, die zu einem besseren Lebensstandard der Bürger in Kroatiens führen könne.

Der langjährige, ehemalige finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundesfraktion a.D., **Otto Bernhard**, hob dann die Bedeutung der regionalen Wirtschaftsförderung in den

deutschen Bundesländern hervor. Dort spiele die regionale Wirtschaftsförderung eine große Rolle, weil alle Bürger in Deutschland das Recht auf vergleichbare Lebensverhältnisse hätten. In der EU habe jede Region, die weniger als 90% des durchschnittlichen EU-BIPs erreichen würde, das Recht auf finanzielle Fördermaßnahmen. Er bewerte es als Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung positiv, dass die HDZ sich entschlossen habe, sich den kommunalpolitischen Herausforderungen zu stellen und dies im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zu tun.

Zu Beginn der ersten Sitzung zum Thema: „Neue Vorschriften im Bereich der Finanzierung lokaler (regionaler) Selbstverwaltungen“ ergriff zuerst der Bürgermeister der Stadt Zaprešić und Vorsitzender des Verbandes kroatischer Städte, **Željko Turk** das Wort und führte in die Thematik ein.

Der Finanzminister der Republik Kroatien **Dr. Zdravko Marić**, verwies dann in seinem Vortrag auf die Möglichkeiten zur Stärkung der Finanzkraft der lokalen- und regionalen Selbstverwaltungen. Er betone, dass die lokalen Gebietskörperschaften eine große Verantwortung für die Bemühungen um Dezentralisierung hätten. Er verwies dann auf den Gesetzentwurf über die Finanzierung lokaler- und regionaler Selbstverwaltungen, der erst vor wenigen Tagen in erster Lesung im kroatischen Parlament vorgestellt worden sei. Mit diesem Gesetz wolle man versuchen, das System der Mittelverteilung zu vereinfachen. In den letzten 25 Jahren wären die gesetzlichen Regelungen zur Kommunalverwaltung allein 13 Mal neu geregelt worden. In Rahmen des jetzigen Gesetzentwurfs würden nun 60% der Einkommenssteuereinnahmen wieder den Städten und Gemeinden zugewiesen, weitere

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

Oktober 2017

www.kas.de

17% würden an die Landkreise verteilt und weitere 6% für die Dezentralisierungsfunktionen und 17% für steuerliche Anpassungen verwendet.

Der Verwaltungsminister der Republik Kroatien **Lovro Kušević**, befasste sich danach in seinem Beitrag mit dem neuen Gesetz zur kommunalen „Selbstverwaltung und Dezentralisierung“ und verwies auf seine Absicht ein Gesetz zu formulieren, in dem die Effizienz von Staatsbeamten bewertet werden solle um langfristig die Effizienz der staatlichen Behörden möglich positiv zu beeinflussen.

In der zweiten Diskussionsrunde befassten sich der Landrat (Gespan) der Region-Slavonski Brod, **Danijel Marušić** und der Staatssekretär im Ministerium für Staatseigentum, **Krunoslav Katičić** mit dem Thema: „Dezentralisierung für ein schnelleres Wirtschaftswachstum“ bzw. den Möglichkeiten zur Übertragung von staatlichem Eigentum an Immobilien. In diesem Zusammenhang wolle man zahlreiche Befugnisse an die lokalen und regionalen Selbstverwaltungen abgeben. Das neue Gesetz solle - so der Staatssekretär - die Verwaltung von Staatseigentum in Form von Immobilien (Baulandflächen, Wohnungen, Geschäftsräume, Golfplätze, Gebäude innerhalb Sport- Zentren) rationalisieren. Das Ministerium werde sich deshalb in Zukunft weder mit landwirtschaftlichen Flächen noch mit Waldflächen befassen, da es dabei oft zu Überschneidungen von Zuständigkeiten mit einzelnen Ministerien gekommen sei.

Auch die Kommission für Staatseigentum werde es in Zukunft nicht mehr geben, da diese den Prozess des Immobilienmanagement eher verlangsamt habe. Alle Immobilien die für öffentliche Zwecke genutzt werden, wie z.B. Parkplätze würden stattdessen in Zukunft in die Verantwortung der lokalen Selbstverwaltungen übertragen werden, wodurch manche Probleme in lokalen- und regionalen Selbstverwaltungen gelöst werden könnten. Das Ziel sei mit Hilfe dieses Gesetzes möglichst viele inaktive Immobilien zu aktivieren, wobei die lokalen Selbstverwaltungen in den meisten Fällen am besten wüsten, für welche Zwecke diese am ehesten geeignet wären.

In der dritten Diskussionsrunde wurden neue Vorhaben im Bereich der Finanzierung ländlichen Entwicklungsvorhaben erörtert. Die Ministerin für Regionale Entwicklung und EU-Fonds, **Gabrijela Žalac** stellte eine Reihe von Verordnungen und Programmen aus dem Bereich der regionalen Entwicklung vor. Sie stellte dabei zahlreiche Maßnahmen zur Förderung von Gebieten mit Entwicklungsbesonderheiten wie z.B. Inseln und Bergregionen vor.

Der kroatische Landwirtschaftsminister, **Tomislav Tolušić**, wies in seinem Vortrag dann eine Reihe weiterer neuer Verordnungen im Bereich der Landwirtschaft vor. So soll es in Zukunft neue Verfahren zur Vermittlung bzw. Vergabe von landwirtschaftlichen Nutzflächen geben.

In der letzten Diskussionsrunde erörterte der Bürgermeister der Stadt Otok, **Josip Šarić** mit **Stela Arneri** von der Agentur für regionale Entwicklung und **Dragan Jelić**, aus dem Ministerium für Regionale Entwicklung und EU-Fonds, über die Möglichkeiten zur Finanzierung von Maßnahmen aus den Programmen der europäischen regionalen Zusammenarbeit bzw. das INTERREG IPA Programm der grenzübergreifenden Zusammenarbeit von Kroatien und Bosnien und Herzegowina und Montenegro. Es wurden die wichtigsten Prioritäten und Kriterien zur Finanzierung von Projekten aus diesem Programm dargestellt als auch Vorschläge und Bemerkungen zu den Kriterien der Finanzierung der lokalen und regionalen Selbstverwaltung gemacht.

Der kroatische Unternehmer und Inhaber der IMR Hamburg GmbH, **Dragan Čarapina**, verwies in seinem Beitrag auf seine praktischen Erfahrungen mit der deutschen Kommunalverwaltung in Bezug auf die Behandlung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Er war der Meinung, dass es ohne die Spezifizierung von Zuständigkeiten der Kommunalverwaltungen keine Entwicklung der Landkreise (Regionen) geben könne. Eine Dezentralisierung sei deshalb unvermeidlich, da es ohne sie keine sinnvolle Entwicklung der Landkreise und keine planmäßige Verknüpfung mit anderen ebenfalls geförderten EU-Regionen geben

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

Oktober 2017

www.kas.de

könne. Seiner Meinung nach könne man nur durch anhaltende Reformen des öffentlichen Sektors, besonders mit Blick auf eine notwendige Bildungsreform, wirtschaftliches Wachstum generieren und dabei die innovativen Kräfte von kleinen und mittleren Unternehmen nutzen, um die globale Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Wirtschaft zu stärken. Die Stadt Zagreb habe allein im Jahr 2016 einen BIP von 13,2 Milliarden € erzeugt. In Bezug auf den BIP Kroatiens in Höhe von 43 Milliarden € entspricht dies einen Anteil von immerhin 30,5 %. Die Einwohnerzahl Zagrebs sei dabei etwa äquivalent der fünf größten kroatischen Landkreise (Regionen). Diese fünf Landkreise würden jedoch nur 5,76 Mrd. € des BIP generieren. Eine Hauptstadt wie Berlin mit knapp 4 Mio. Einwohner generiere stattdessen 129 Mrd. € bzw. 4,1 % des BIP Deutschlands was im Vergleich dazu eine unproblematische Größenordnung sei und die Dezentralisierung der Wirtschaftskraft in Deutschland belege. Die KMUs in Deutschland seien also viel gleichmäßiger verteilt als in Kroatien. Es gebe dort praktisch kein Gebiet ohne Wirtschaftsunternehmen, sei es im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion, dem Verarbeitenden Gewerbe oder der Metallindustrie. Kroatien sollte sich die deutschen Erfahrungen mit einer effizienteren Dezentralisierung zunutze machen.

Der Ministerpräsident der Republik Kroatien, **Andrej Plenković**, resümierte am Ende des Kongresses; dieser habe sich seiner Meinung nach als sehr nützlich erwiesen, da er einen Beitrag zur Verwirklichung der politischen Ziele seiner Regierung geleistet habe. Eines dieser Ziele sei es, die Debatte zwischen der Regierung und den lokalen (regionalen) Selbstverwaltungen über noch nicht bewältigte wirtschaftliche Herausforderungen zu intensivieren, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen und damit die Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Abschließend bedankte er sich noch einmal bei der Konrad-Adenauer-Stiftung für deren Unterstützung solcher Konferenzen, die das Regierungshandeln in wirksamer Weise begleiten würden.